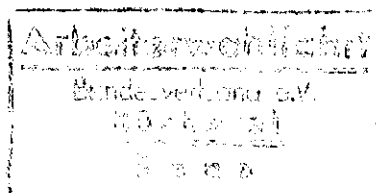


# Soziale Fürsorge zwischen „Volksgemeinschaft“ und „Ausmerzungen“

– Die NS-Zeit und ihre Folgen  
für die soziale Arbeit



EO

AW III 423

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., Bonn



AW III 423

Fachtagung 114/89

Soziale Fürsorge zwischen  
"Volksgemeinschaft" und "Ausmerzung"

-Die NS-Zeit und ihre Folgen  
für die soziale Arbeit

11. bis 13. Oktober 1989  
Remagen-Rolandseck

1990

---

ARBEITERWOHLFAHRT Bundesverband e.V.  
Oppelner Str. 130

5300 Bonn 1

### Ziele und Inhalte der Fachtagung

Ideologie und Praxis der Sozialfürsorge in der Zeit des Nationalsozialismus von 1933 bis 1945 wurden in vergangenen Jahrzehnten relativ wenig untersucht und erst in neuerer Zeit zunehmend sozial- bzw. politikgeschichtlich durchleuchtet.

Mit dieser Fachtagung will die Arbeiterwohlfahrt dazu beitragen, Ideologie und Praxis des Herrschaftssystems des Nationalsozialismus im Bereich der Sozialfürsorge kritisch zu analysieren und dies am Beispiel von vier besonders signifikanten Bevölkerungsgruppen konkret verdeutlichen (Familien, Kinder und Jugendliche, Behinderte, sog. "Asoziale").

Darüber hinaus sollte die Fachtagung untersuchen, inwieweit der Einfluß der NS-Ideologie auch heute noch auf soziale Arbeit wirksam ist bzw. ähnliche Ausgrenzungs- und Diskriminierungsmechanismen nachwirken.

Die Fachtagung war vor allem gedacht für leitende MitarbeiterInnen von Wohlfahrtsverbänden und anderen Sozialorganisationen, Fachkräfte der Aus-, Fort- und Weiterbildung, FachhochschuldozentInnen, SozialpolitikerInnen - besonders aus Bund und Ländern, Zeitzeuginnen und Zeitzeugen.

### Leitungs-Team:

- Prof. Dr. Christine Labonté - Roset ,  
Prorektorin der Fachhochschule für Sozialarbeit  
und Sozialpädagogik Berlin, Vorsitzende der  
Konferenz der Fachbereichsleitungen der Fach-  
bereiche für Sozialwesen in der BRD
- Prof. Dr. C. Wolfgang Müller ,  
Professor für Erziehungswissenschaft an der  
Technischen Universität Berlin, Institut für  
Sozialpädagogik
- Doris Wagner ,  
stellv. Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt  
Bundesverband, Bonn

P R O G R A M M

Seite

Mittwoch, 11.10.1989

- Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch Doris Wagner 5
- Referat zum Tagungsthema  
Referent: Dr. Christian S c h r a p p e r ,  
Universität Münster 6
- Diskussion im Plenum

Donnerstag, 12.10.1989 Diskussionen in vier Arbeitsgruppen

- "NS-Politik und Familie" (AG 1) 10  
Moderation und Einführungsreferat:  
Josef F a l t e r m e i e r , Referent im Fortbildungswerk des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt
- "NS-Politik und Kinder/Jugendliche" (AG 2) 13  
Moderation und Einführungsreferat:  
Dr. Carola K u h l m a n n , Universität Münster
- "NS-Politik und Behinderte" (AG 3) 18  
Moderation und Einführungsreferat:  
Dr. Christine T e l l e r , Oberärztin in der Westfälischen Landesklinik, Gütersloh
- "NS-Politik und sog. 'Asoziale'" (AG 4) 21  
Prof. Dr. David K r a m e r , Leiter des DFG-Projektes "Jüdische Sozialarbeit", Repräsentant für Europa von The German Marshall Fund of the United States, Bonn
- Video-Film der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband  
"ERINNERUNGEN - Lotte Lemke erzählt -  
Traditionen und Selbstverständnis der Arbeiterwohlfahrt"

Freitag, 13.10.1989

- Berichte der 4 Arbeitsgruppen
- Diskussion im Plenum 24
- "Die Tagungsergebnisse aus subjektiver Sicht"  
Referent: Prof. Dr. C. Wolfgang M ü l l e r , Berlin 26
- Anregungen für Folge-Veranstaltungen 29

Anhang:

- ReferentInnen- und TeilnehmerInnen-Liste 31
- Literaturliste 34
- Inhalt des Films "ERINNERUNGEN ..."

Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch Doris Wagner

Insbesondere angeregt durch das Colloquium "Soziale Arbeit im Nazismus" an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin, hat auch die Arbeiterwohlfahrt festgestellt, nicht direkt am nationalsozialistischen Unrecht beteiligt zu sein, ist nicht gleichzusetzen mit Nicht-Beeinflußt-Werden. Auch die Tatsache, daß nazistisch belastete Persönlichkeiten - scheinbar ohne große Diskussionen - in sozialen Verbänden Führungspositionen übernehmen konnten, was erst in den letzten Jahren kritisch thematisiert wurde, veranlaßt die Arbeiterwohlfahrt, sich nicht nur in Form von eigenen Publikationen und Gremien-diskussionen mit dem Tagungs-Thema zu befassen, sondern eine offene Fachtagung zu veranstalten.

Im Namen des Bundesvorstandes danke ich den Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Forschung, aus Verbänden der sozialen Arbeit, d.h. allen anwesenden Kolleginnen und Kollegen, daß sie unserer Einladung gefolgt sind. Ich bin sicher, daß das Wissen und die Erfahrungen, die hier zusammengetragen werden können, zu aufschlußreichen und die zukünftige soziale Arbeit fördernden Ergebnissen führen werden.

Soziale Fürsorge zwischen "Volksgemeinschaft und "Ausmerzungen" - Die NS-Zeit und ihre Folgen für die soziale Arbeit

Vortrags-Skizze von Dr. Christian Schraper

1. Was ist passiert? Ein Versuch, die Opfer sozial-rassistischer Verfolgung zu "bilanzieren":

- ca. 70.000 (bis 1941) - 250.000 - 300.000 Euthanasie-Opfer
- 400.000 Opfer von Zwangssterilisation
- ca. ??? Opfer in den "Jugendschutzlagern"
- ca. ??? Opfer in normalen Heil-, Pflege- und Fürsorgeanstalten (s. Kalmenhof, vor 1939 und letzte Phase der Mitwissermorde)
- ca. ??? Opfer in den Lagern für "fremdvölkische" Jugendliche
- ca. ??? Opfer medizinischer Versuche in Anstalten, Krankenhäusern etc.
- ca. ??? Opfer sozialer Denunziation in Gefängnissen, Lagern, Anstalten, z.B. auch durch Entzug des Sorgerechts für die eigenen Kinder, die dann von NS-Familien oder NSV-Heimen aufgenommen wurden
- ca. 500.000 Opfer insbesondere unter den Sinti und Roma, die als "rassisch-minderwertig" verfolgt und in Lagern oder sog. Schutzhaft umgebracht worden sind.

Was bedeuten solche Zahlen angesichts der unvorstellbaren Zahl von über 50 Millionen Toten während der NS-Herrschaft, davon allein über 6 Millionen ermordete Juden aus ganz Europa?

Frage: Wieweit können wir heute das Ausmaß und die Radikalität dieser Verbrechen zulassen? Eine aktuelle Form der Verdrängung durch unangemessene Vergleiche: Beispiel Thea Bauriedel, 1988 S. 199; (s. Anhang S. 37 Lit.Liste)

Die Opfer- und die Täter-Perspektive:

- Was wissen wir über die Opfer und Ihre Schicksale? Beispiel Kalmenhof: Versuch einer quantifizierenden statistischen Auswertung, z.B. Totenstatistik S. 310/311 und 317/319; Totensäule in der Kalmenhofausstellung; Dokumente über Einzelschicksale als Gegenpol zu den unfaßbaren abstrakten Zahlen (z.B. der letzte Brief von K. H. Zey (S. 334).
- Was wissen wir über die Täter, ihre Herkunft, ihre Motive, ihre Taten und ihren Verbleib nach 1945? Beispiel Kalmenhof: Mathilde Weber, Dr. Hermann Wesse, Wilhelm Großmann; Dr. Bodo Gorgas (erst Kalmenhof, später Hadamar), 1947 zum Tode verurteilt, dann zu Zuchthaus begnadigt, dann 1958 von H. Zinn endgültig begnadigt.

2. Wie konnte das passieren?

Unterschiedliche Zugänge:

- Personen- und Ideengeschichte: (es stand alles schon in "Mein Kampf" ...): z. B. noch in H. Marburger: Entwicklung und Konzepte der Sozialpäd. 1977, S. 77 oder mit marx. gesellschaftskritischer Attitüde in: Nowicki 1973, S. 83 - 88
- Struktur- und Sozialgeschichte: z.B.: C. W. Müllers Methodengeschichte Bd. 1 (2. Auflage), S. 199-221
  1. Die außergewöhnliche Krise zerstört das noch nicht ausgereifte und belastbare Sozialsystem der Weimarer Republik;
  2. es setzt ab den Notverordnungen eine konservative "Gegenreformation" ein;
  3. die Nazis steigen mit der NSV und den Gesundheitsämtern in die duale Struktur der Wohlfahrt ein und besetzen diese von "innen";
  4. der (soziale) Rassismus hat in Deutschland eine sowohl theoretisch/intellektuelle als auch praktisch/politische Tradition;
  5. es wurde vernichtet, mitgewirkt und geholfen, aber der Schrecken bleibt ein unverstandener/unverstehbarer Mythos vom Bösen im Menschen (S. 220/221);
- die These vom "dynamischen Radikalisierungsprozeß" zwischen Personen und Strukturen (Peukert 1989/Kershaw 1988):
  1. Herrschaftsformation des NS eine Polykratie (Staat - Partei/Parteiorganisation z.B. RAD - NSV - SS), die "Herrschaft vieler Cliques und Apparate" (Peukert)
  2. in Entscheidungssituationen setzte sich in Antizipation des angenommenen "Führerwillens" die jeweils radikalste Alternative durch (Beispiel: Einrichtung der "Jugendschutzlager" zwischen Justiz, Fürsorgebehörden, Hitlerjugend und SS; Peukert S. 4 und S. 7).

These: Fast alle haben mitgemacht! Die Anschauungen des sozialen Rassismus waren so tief verwurzelt und so weit verbreitet, daß es kaum einen Berufsstand und kaum einen Arbeitsbereich, kaum einen Träger oder eine Einrichtung gibt, die nicht unmittelbar an den NS-Verbrechen beteiligt gewesen ist! "Aus der Banalität der arbeitsteilig organisierten und polykratisch verfaßten Gesellschaft konnte das Böse in seiner ungeheuerlichen Radikalität entstehen" (Peukert 1989, S. 5)

Begründungen:

- 1. Weltkrieg und Revolution 1918/19 sind das einschneidende Erlebnis in nahezu allen Biographien der Täter und Vordenker (Zitat aus Binding/Hoche in Kalmenhof, S. 242);
- der soziale Fortschrittsoptimismus ab dem Ende des 19. Jahrhunderts gerät Ende der 20er Jahre gefährlich in die Krise;
- Bereitschaft zum Mitmachen daher ungeheuerlich groß, da im Kern die sozialrass. Anschauungen der NS schon lange entwickelt sind und von den sozialen und politischen Eliten schon gegen Ende der Weimarer Republik offen vertreten werden.

These: In der für die NS-Fürsorge typischen Dialektik von Förderung und Vernichtung begegnet uns das für den modernen, aufgeklärten Sozialstaat typische "Janusgesicht" (Peukert) von Zuwendung und Bestrafung in seinem radikalen Extrem.

Begründungen:

1. Andreas Mehringer in Kalmenhof S. 258 - 260
2. das "Jugendkonzentrationslager als pädagogisches Ideal", in Peukert 1989, S. 7/8, ausführlich in: Kuhlmann 1989.

### 3. Was ist daraus geworden?

Wo sind die Köpfe und Konzepte nach 1945 geblieben?

- Beispiel: Kalmenhof, s.o.
- Beispiel Bewahrungsgesetz, Blandow 1989, S. 14

Drei Theorieentwürfe zur Erklärung des Verschweigens und der Verleugnung nach 1945:

- Mitscherlich: Verleugnung aus enttäuschter Liebe, Flucht in Wiederaufbauaktivität und Unfähigkeit, sich mit den Opfern zu identifizieren ("Unfähigkeit zu trauern", S. 34/35)

- Lübke: notwendiges Verschweigen, um die Integration breiter Bevölkerungsgruppen in den neuen demokratischen Staat BRD zu schaffen, S. 333/334

- R. Giordano "Die zweite Schuld": "Die Logik des schlechten Gewissens konnte gar nicht anders, als die eigene enthumanisierte Mentalität auf die siegreichen Gegner zu projizieren: Auge um Auge, Zahn um Zahn? Für mich liegen die moralisch niederschmetterndsten Erfahrungen mit meiner deutschen Umgebung nicht in der Zeit bis zur

Befreiung, sondern in den Monaten unmittelbar danach, angesichts solcher Unwahrhaftigkeit, Feigheit und Heuchelei. Die Generationen der Söhne, Töchter und Enkel sollten wissen, wie sie sich damals aufgeführt haben, all diese ehemaligen Anhänger, Befürworter, Großsprecher, Nutznießer und Mitläufer des Dritten Reiches - es hat in der Geschichte der Menschheit kein Beispiel so widerwärtiger Selbstcharakteristik gegeben wie dieses vom Frühling bis in den Herbstbeginn 1945. Dann jedoch hatten die mit dem Nationalsozialismus eng verbundenen Massen, die unter schwerer Vergeltungsfurcht standen, herausgefunden, daß ihre alttestamentarischen Racheängste vor allem in ihrer Phantasie bestanden." (S. 10/11)

These: Alle Erklärungsansätze für die unverarbeitete deutsche NS-Vergangenheit treffen auch auf die Sozialpädagogik/Sozialpolitik zu.

Worum geht es heute?

- Entlarvung und Anklage der Täter und Mitwisser?
- Aufdecken und Erinnern der Verbrechen ermöglichenden Ideen und Konzepte?
- Erinnern und Bekennen der persönlichen und kollektiven Schuld (Beispiel Diakonen-Gemeinschaft des Stephanstifts)?
- Erinnern und Rehabilitation der Opfer - Entschädigungsdebatte?
- ...

Die Geschichte will nicht vergehen: Entschädigung der NS-Opfer, Aussprache im Bundestag zum Jugendbericht 1987; Debatte um Sterbehilfe, Prozesse um Krankenhausmorde wegen Überforderung (Wuppertal/Wien), ...

Fazit: Die Auseinandersetzung mit der Geschichte unserer Profession im NS ist noch weitgehend unbearbeitet, inzwischen hat sich aber ein riesiges Gebirge aus Halbwissen und Mythen aufgestaut, das historisch-wissenschaftlich wahrscheinlich, politisch-ethisch aber kaum noch abzuarbeiten ist - an dieser Schuld haben wir alle zu tragen!

NS-Politik und Familie (AG 1)

Berichterstatterin Teil I: Dr. Annegret Freiburg

1. Familienpolitik war Erb- und Rassenpflege, d.h.: der ideologische Hintergrund (Überbau) bestimmte gesetzliche und sozialarbeiterische Maßnahmen.
2. Der Erhalt der Familie als Reproduktionsstätte des Deutsch-tums war das erklärte Ziel einerseits, andererseits mußte die Familie als Ort für den Rückzug ins Private aufgebrochen werden.
3. Wissenschaftliche Erkenntnisse wurden selektiv zur Untermauerung der Nazi-Ideologie benutzt, um "hochwertiges" von "minderwertigem Erbgut" zu unterscheiden und Familien darauf einzustimmen. (Beispiele: Ehestandsdarlehen, staatliche Eheberatung).
4. Somit versuchte die NS-Ideologie, das traditionell-individualistische (bürgerliche) Familien-Bild in ein völkisch orientiertes zu wandeln, nicht zuletzt dadurch, daß privatistisches Denken aufgelöst und die Entsolidarisierung des Familienverbandes durch geschlechts- und altersbezogene Staatsintervention erreicht werden sollte.
5. Das Feindbild des "rassisch Minderwertigen" diente auch dazu, das gemeinsame Gefühl, "rassisch hochwertig" zu sein, zu stärken (sozialpsychologischer Hintergrund: Der Feind im Äußeren stärkt die Zusammengehörigkeit im Inneren).
6. Identitätsstiftende Strategien, die "edelste Rasse" zu sein, waren ideeller als auch materieller Art, z.B. Lehrerförderung und Einrichtung der Napolas\* einerseits sowie Siedlungspolitik, Familien-Lastenausgleich andererseits.
7. Der Einfluß des Staates hatte Auswirkungen auf das familiäre Klima: Paradoxe Botschaften und "Nicht-Kommunikation" (Watzlawick) haben das Klima geprägt.
8. Die Rolle der Frau wurde reduziert auf das heroische Mutterbild. "Das Schlachtfeld der Frau ist die Familie!". Die einseitige Wertschätzung der Frau ist dokumentiert durch Hilfsorganisationen der NSV, "Mutter + Kind", Mütterschulen.

\*) Nationalpolitische Erziehungsanstalten

NS-Politik und Familie (AG 1)

Berichterstatterin Teil II: Burga Kaupert

Die Rolle der Volksfürsorge in der NS-Zeit

Fragen:

- Wie setzt sich die Rassenideologie in der Sozialfürsorge durch?
- Wie setzt sich die Familienideologie durch? Einerseits Reproduktionsstätte des Nachwuchses, andererseits Entsolidarisierung der Familienmitglieder.

1. Eine zentrale Institution zur Umsetzung war das Gesundheitsamt. "Gesundheit ist die Voraussetzung für äußere Schönheit und Kraft." Dieser Spruch drückt die Pflege aus. Kinder sollten im Säuglingsalter und während der Schulzeit begleitet und gefördert werden.

Die Beschäftigten des Gesundheitsamtes hatten auch die "erbschwachen" bzw. "erbminderwertigen" Bevölkerungsteile aufzuspüren. Durch die arbeitsmäßige Teilung, ärztliches Gutachten einerseits und Aufspürarbeit der Volksfürsorgerinnen andererseits, wurde Verantwortung nur einzelnen zugeschoben, Verantwortlichkeit einzelnen Berufsgruppen in den Gesundheitsämtern genommen.

Das rassenideologische Denken war Maßstab für die Entscheidung über "hochwertiges" oder "minderwertiges" Erbgut.

Entsprechend dieser Bewertung, Einschätzung oder Diagnose wurden Gruppen oder Fälle gefördert oder ausgemerzt.

Es ist zu vermuten, daß in diese Bewertung sehr viele subjektive Maßstäbe unhinterfragt einfließen. Später reichten subjektive Einschätzungen aus, um Menschen "abzuführen". Essenssätze für sogenannte Schwachsinnige wurden auf ein Minimum reduziert. Sie sollten nichts kosten.

2. Durch die organisierte Struktur, Trennung der Entscheidung von der Aufspür- und Erkundungsarbeit, wurden die Berufsgruppen der Aufspür- und Erkundungsarbeit (Fürsorgerinnen) sicher entlastet.

Gleichzeitig konnte subjektives Selbstwertgefühl aus der Realisierung der Spielräume gezogen werden.

Eine These in der Diskussion hierzu: Das deutsche Volk wurde von den Nazis durch die Alliierten befreit. Das deutsche Volk hat sich nicht aufgrund einer geistigen Entwicklung oder eine Revolution befreit.

Nach dem Krieg wurde vorhandenes Denken in vorhandenen Institutionen bei vorhandener Dienstleistungsstruktur fortgesetzt.

Vordenker fehlten!!

3. Die Adressaten der Volksfürsorge waren in verschiedene Gruppen eingeteilt gemäß ihrer "Minder- und Hochwertigkeit":

Erste Gruppe/Edelgruppe der Förderung: Alte Kämpfer und Kriegsrentner. Auch heute bekommen Kriegerwitwen eine eigene Rente.

Zweite Gruppe/"arm aber reinlich": Sozialrentner, Arbeiter.

Dritte Gruppe: Allgemeine Fürsorge.

Vierte Gruppe: Diejenigen, die als eine Gefahr für die Volksgemeinschaft galten: Alkoholiker, Obdachlose, Menschen ohne Arbeit, Geschlechtskranke, TB-Kranke. Als asozial galt, wer für die Gesellschaft keinen Nutzen brachte.

4. Fragen beim Vergleich zwischen NS-Zeit und heute über Werte, subjektive Handlungsspielräume, Entwicklung von Verantwortung und Entwicklung von Handlungsfähigkeit:

- Kann ein "berufsständisches Gewissen" gelehrt werden, oder werden Einstellungen, Maßstäbe, Gewissen und persönliche Handlungsfähigkeit über persönliche Identifikation in einem Klima der Akzeptanz und des Vertrauens erfahren und angeeignet?
- Frage nach der Struktur von Hilfsorganisationen, Verbänden, Behörden oder Dienstleistungsbetrieben. These: Viele SozialarbeiterInnen werden "verheizt", zwischen den Strukturen aufgerieben.
- Weitere Frage bzw. These: "Was nützen kompetente Mitarbeiter, wenn sie keine Entscheidungskompetenz haben, wenn sozialpolitische oder Verbandsentwicklungen von anderer Stelle betrieben werden, Fachkenntnisse und soziale Kompetenz nicht genutzt werden?"
- Können unter den bestehenden Bedingungen Widerstandsformen entwickelt werden?

Wo und wann kann Widerstand entwickelt werden und auf welche Art und Weise?

"NS-Politik und Kinder/Jugendliche" (AG 2)

Dr. Carola Kuhlmann (Thesen zum Referat)

Schwerpunkt: Soziale Arbeit / Jugendfürsorge

1. Mit der Wirtschaftskrise 1929/33 geriet auch die (sozial-) pädagogische Bewegung der 20er Jahre in eine Krise. Der Versuch, soziale Probleme pädagogisch zu lösen, schien fehlgeschlagen zu sein. Der soziale Abstieg vieler Kleinbürger und Arbeiter führte zu einem Gefühl des bedrängten Lebensraumes, in dem das "Minderwertige" dem "Vollwertigen" die Existenzgrundlage zu entziehen schien.
2. Die Nationalsozialisten knüpften mit ihrer Interpretation der "Rassenhygiene" an dieses Lebensgefühl an. Besonders die Wohlfahrtspflege geriet in ihre Schußlinie, da diese - ihrer Meinung nach - für die Vermehrung der "minderen Volksmasse" verantwortlich sei.
3. Für die Kinder und Jugendlichen bedeutete dies, daß ihre Entwicklungsprobleme und sozialen Behinderungen nicht mehr auf das Verständnis von ReformpädagogInnen oder wenigstens auf die Barmherzigkeit kirchlicher Fürsorge rechnen konnten. Wer sich fortan nicht einordnete, der galt nun als "erbkrank".
4. Am deutlichsten wird diese Entwicklung innerhalb der Fürsorgeerziehung, da hier schon seit Beginn dieser Maßnahme (1900) soziale und pädagogische Probleme zusammentrafen. Daher blieb zunächst unklar, ob auch die Fürsorgeerziehung als "Minderwertigenfürsorge" verurteilt, oder ob sie als "volksaufbauende Erziehungsarbeit" in die Fürsorge an der Volksgemeinschaft integriert werden würde.
5. Die Fürsorgeerziehung schlug sich um den Preis der Ausgrenzung, Zwangssterilisation und -verwahrung der "Unerziehbaren" auf die Seite der Volkserziehung.
6. Daraufhin erarbeitete auch die NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt) ihr eigenes Konzept innerhalb der Jugendhilfe, das vor allem Familienhilfe, Prävention, fachliche (pädagogisch-psychologische) Beratung und intensive "moderne" Heimerziehung in eigenen Jugendheimstätten vorsah. Diese Angebote galten nur für die "Erbgesunden", für die "Elite" der Jugendhilfe.
7. Die "Unerziehbaren" und die "Nicht-Arier" (Juden, Polen, Zigeuner und "Mischlinge") wurden schließlich ab 1942/43 in gesonderte Lager (Jugendschutz-, Polenverwahr- und Erziehungslager) eingewiesen. Juden, jüdische Mischlinge und Zigeuner kamen in Vernichtungslager.



8. Die nationalsozialistische Jugendhilfepolitik war der in der Geschichte bisher radikalste und ideologisch schärfste Versuch, medizinisch und polizeilich zu "lösen", was nur durch soziale Gerechtigkeit, Empathie und intensive pädagogische Betreuung annähernd hätte bewältigt werden können.
9. Die Traditionslinien der "modernen" Jugendhilfe, wie auch der "modernen" Sozialarbeit allgemein, in den Konzepten der NSV sind bisher zu wenig bekannt und noch deutungsbedürftig. Konkret: Ist die neue Wende hin zur ganzheitlichen Familienhilfe durch den Hinweis diskreditierbar, daß fast dasselbe Konzept schon von der NSV vertreten wurde? Nur wenn wir in der Lage sind, die Unterschiede zu qualifizieren, wenn wir in der Lage sind, die heutigen Differenzierungs- und Präventionspraktiken auf ihren Effekt hin zu hinterfragen, können wir aus der Geschichte der sozialen Arbeit im Nationalsozialismus etwas für heute lernen.

## Diskussion in der AG 2

"NS-Politik und Kinder/Jugendliche"

Berichterstatter: Prof. Dietmar Seeck

### 1. Kontinuität nach 1945

Jugendheimstätten wurden beschlagnahmt und neuer Nutzung zugänglich gemacht, Jugendschutzlager wurden aufgelöst. Jugendaufnahmeheime blieben weiter in Betrieb, Jugendgerichte setzten ihre Arbeit fort.

Der "konservative Block", d.h. die Behörden und konfessionellen Verbände fanden sich weiter zur gemeinsamen Arbeit. Es läßt sich auch eine große personelle Kontinuität in diesem Block feststellen (die päd. Bewegung/Reformpädagogik war weitgehend vernichtet).

Das Bewahrungsgesetz stand weiter auf der Tagesordnung. Der Antrag wurde 1950 von der CDU eingebracht. Helene Wessels, Zentrumsabgeordnete, später nach 1945 SPD-Abgeordnete, hat sich bereits 1933 für das Bewahrungsgesetz eingesetzt, aber auch für rassenhygienische Maßnahmen. Das Bewahrungsgesetz konnte nicht durchgesetzt werden, weil das Bundesverfassungsgericht 1964 entschied: "Freiheitsentziehung aufgrund einer angenommenen Gemeinlastigkeit ist nicht zulässig".

Die Geschichte von 1933 - 1945 wurde in der Jugendhilfediskussion allgemein ausgeklammert, d.h. erst die 1967/1968er-Studentenbewegung erzwang eine Neuorientierung. Problembewußtsein wurde geschaffen.

Nach 1945 gab es vereinzelte, wenn auch wichtige Initiativen. Was fehlte, war eine kollektive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

Besonders in den amerikanischen und englischen Besatzungszonen waren dies Re-educations-/Reorientierungsprogramme (Jugendhöfe/Jugendfreizeitstätten, German youth activities houses) - nach der Devise "Demokratie durch Praxis lernen".

Programme, die durchgeführt wurden: cultural exchange program, Mentalhouse, childguidance. 15.000 junge Menschen aus dem pädagogischen Bereich durchliefen diese Programme (mit Hospitationsaufenthalten in den USA, GB, Niederlanden). Aber auch deutsche Emigranten, die der Reformpädagogischen Bewegung nahestanden/in ihr tätig gewesen waren, kamen nach Deutschland zurück (Fritz Borinski, Gisela Konopka). Die AW hat nach 1945 ebenfalls ihre alten sozialpädagogischen Konzepte (soziale Gruppenarbeit) verfolgt.

Wie weit lassen sich in den heutigen Sozialisationsinstanzen noch Ideologien der NS-Zeit auffinden?

- Es gab zwar eine Kontinuität der Personen nach 1945 in vielen Bereichen der Jugendhilfe, aber es gab auch einen Bruch, d.h.: ein offener sozialer Rassismus wurde nicht mehr verfolgt. Ende der 60er Jahre, hervorgerufen durch die Studentenbewegung und die Reformphase in der BRD (sozialliberale Koalition) kam es zu einem qualitativen Sprung in der Jugendhilfe.

In den ersten Jahren nach 1945 herrschte eine pragmatische Stimmung: Anpacken und Aufbauen, Existenzsicherung. Offene (sich bekennende) Nazis gab es nicht mehr (nur Mitläufer, Verführte und ihrer Pflicht nachgekommene Personen).

In den 4 Besatzungszonen wurden ca. 100.000 Personen als nationalsozialistisch belastet eingestuft. In den Jahren 1945 - 1946 bestand bei der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz dafür, daß für die nationalsozialistischen Verbrechen bezahlt/gebüßt werden müsse. Zwischen 1947 und 1948 ließ das Interesse an einer Denazifizierung nach.

Gründe dafür lagen wohl im politischen Kontext: Die Kriegsverbrecherprozesse gegen die Spitzenfunktionäre der Nationalsozialisten waren beendet; 1946 kam es zur Zwangsvereinigung SPD/KPD in der SBZ; 1948: Berlin-Blockade.

Die Zeit des Kalten Krieges setzte ein. Spätestens nach 1947 waren die Kommunisten in den Westzonen diskreditiert. "Entlastungsangebote" wurden wahrgenommen: die Verschiebung der Schuld von den Nazis auf die Sowjets.

- Um NS-Ideologie in den Sozialisationsinstanzen zu untersuchen, wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Grundlagenliteratur/Klassiker zu untersuchen, die in den pädagogisch/psychologischen Ausbildungsstätten nach 1945 benutzt wurde und in denen noch von einer Wertigkeit des Menschen und der genetischen Vererbbarkeit von Mängeln ausgegangen wird (z.B. Lersch: "Aufbau des Charakters", Kretschmer: "Konstitutionstypologie/Tests").

Warum beschäftigen wir uns heute mit dem Thema?

Welche Formen der Auseinandersetzung, der Aufarbeitung sind möglich?

Trotz des kollektiven Verdrängungsprozesses sollte es eine Bringschuld der Täter für die Opfer geben.

- Aufgrund politischer Bringschuld muß die Frage beantwortet werden, wo wir den Opfern noch helfen können, z.B. durch Ausweitung des Wiedergutmachungsgesetzes auf Sinti/Roma/Polen/Zwangssterilisierte.
- Notwendig ist das Gespräch mit den Opfern, die Anerkennung unserer Schuld, solange die Opfer noch leben,
- ebenso die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit und der Verstrickung der Jugendhilfe in diesen Zusammenhang, um für die Zukunft gewappnet zu sein. (Beispiel Hessen, wo in den Psychiatrien Gedenkstätten für die Opfer der NS-Zeit eingerichtet wurden).

Das Konzept der Differenzierung aus der NS-Zeit ist auch heute noch problematisch. Kinder und Jugendliche werden von Institution zu Institution verwiesen, wenn diese mit den Problemen erzieherisch nicht fertig werden, d.h. Auslese findet weiterhin statt.

Auch die Konzepte der Prävention in der Jugendhilfe müssen hinterfragt und als "Mythos aus der Zeit des Nationalsozialismus" bezeichnet werden.

Ausgrenzung, Stigmatisierung erfolgt weiterhin, aber die Hilfeleistungen haben sich verbessert. Beispiel Heimerziehung: 1988/89 waren nur noch 10 % der Jugendlichen in FE-Erziehung, die anderen in Jugendwohngemeinschaften und Pflegestellen usw. Problematisch ist die starke Zentralisierung der Hilfen für Kinder und Jugendliche; als Ziel muß gemeindenahere Hilfestellung gefordert werden.

Fazit:

Trotz aller "Fortschrittlichkeit" in der Jugendhilfe gibt es weiter Formen der Abschiebung von Kindern und Jugendlichen. Ausgangspunkt ist weiterhin das Kriterium der Förderbarkeit. Es ist nicht gelungen, die Selektionsfunktion der Sozialarbeit/Sozialpädagogik in der Jugendhilfe zu durchbrechen (Jugendarbeitslosigkeit). Bei knappen Ressourcen für den sozialen Bereich wird die Selektionsproblematik weiterhin die sozialen Dienstleistungen der Jugendhilfe bestimmen. Daher müssen die politischen Vorgaben geändert werden.

NS-Politik und Behinderte (AG 3)

Berichterstatter: Prof. Dr. Theodor Eikelmann

I. Umgang mit geistig/psychisch Kranken (Behinderten) in der Zeit von 1933 - 1945. Einige Fakten:

1. Zwangssterilisation:

Nach dem "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" (1933 verabschiedet, ab 01.01.1934 in Kraft) wurden ca. 400.000 Menschen zwangssterilisiert. Von den verschiedenen Indikationen für diesen Eingriff werden vor allem der "angeborene Schwachsinn" (rund 75 % aller Sterilisierungen) und "schwerer Alkoholismus" (Indikator für unangepasstes Verhalten/fehlende Möglichkeit der Lebensbewältigung) herangezogen.

Ab 1939 wird bei diesen Indikationen auch ein Schwangerschaftsabbruch vorgenommen.

Neben der problematischen Ausweitung des Begriffs "Erbkrankheiten" wirkt sich die umfassende Meldepflicht verheerend aus; hier liegt die Nahtstelle, an der "Fürsorgerinnen" ihren hohen Anteil am Geschehen haben.

2. Wahrscheinlich fließender Übergang zu Euthanasie-Maßnahmen (schon vor 1939).

In den Vordergrund werden zunächst die psychisch kranken Straftäter gerückt; dann die psychisch kranken Kinder (Meldepflicht behindert geborener Kinder, über Ärzte, Hebammen, Fürsorgerinnen).

Ab Sommer 1939: Kinder-Euthanasie

Führererlaß, Oktober 1939, zurückdatiert 01.09.1939.

Erste Opfer der Euthanasie in Polen (psychisch Kranke, Intelligenz, Juden), später in Rußland ebenso.

Ermordung anfänglich durch Erschießung/Giftspritze, später durch Vergasung.

3. Nachlassen (offiziell: Einstellung) Mitte 1941; fast 70.000 Euthanasie-Opfer bis hierher ("Planziel" der Nazis).

Direkter Zusammenhang der Rücknahme mit kirchlichem Widerstand (Kardinal v. Galen, Münster)?

Doch Weiterführung bis 1945; rund 275.000 Opfer (?).

Verlagerung der "Tatorte" an den Rand bzw. außerhalb des Reichsgebietes.

Ausweitung der Euthanasie auf andere Personengruppen: alte/verwirrte Menschen; hirnverletzte Soldaten, Tbc-Kranke, psychisch kranke Ostarbeiter nach mehr als 3-wöchiger Arbeitsunfähigkeit.

II. Welche Konsequenzen können/müssen gezogen werden?

1. Die unterschiedliche Bewertung/Wertschätzung von Menschen führt zu gegen Menschen gerichtete Problem"lösungen".

Daher ist erhöhte Aufmerksamkeit erforderlich, wenn Maßnahmen/Entscheidungen eine "Bewertung" von Menschen, Klassifizierung und dgl. als Grundlage haben, wenn benachteiligte/behinderte/weniger "dynamische" Menschen als "Randgruppen" (aktuell: Kinder, Behinderte, Ältere) in weniger attraktive Umwelten abgedrängt werden (sollen). Anders: Darauf muß bei Reformvorhaben von vornherein geachtet werden, z.B. auch in der Diskussion über die Sterilisierung Einwilligungsunfähiger, über Sterbehilfe, über Umgang mit Aidskranken (NL).

Gesellschaftspolitische Maßnahmen müssen den Menschen insgesamt (von Geburt bis Tod, mit Qualitäten und Fehlern), nicht nur besonders funktionale Aspekte am Menschen, akzeptieren. "Humanität ist unteilbar".

2. Ziel-Vision des Programms "Heilen und Vernichten" (in der Perspektive der Medizin/Psychiatrie) war die "gesunde Volksgemeinschaft".

Sie war zumindest bei den "Vordenkern" (universitäre Psychiatrie), eine Argumentationsfigur der Rechtfertigung. Ihr Selbstverständnis, Ärzte am Volkskörper zu sein, legitimierte "Heilen" und "Vernichten", Fremdvölkisches zu entfernen, alles "Schwache" im deutschen Erbgut zu unterdrücken.

Wird das Programm "Heilen und Vernichten" nicht als unauflösbarer Widerspruch begriffen, so kann es unter dem Einfluß weiterer Faktoren zur Radikalisierung in der Programmausführung kommen:

- Ökonomische Zwänge (Denkfigur: Krieg/Schicksalskampf des deutschen Volkes) forderten Entlastung von den "Ballastexistenzen".

- Eine Technisierung/Anonymisierung/Aufspaltung im Täter-Opfer-Zusammenhang erleichterte ebenfalls die Radikalisierung der "Problemlösungsstrategien" und bot die Möglichkeit subjektiver Schuldentlastung.

Aktuell muß die Frage gestellt werden, ob heute Parallelen bestehen in der Vision einer "leidfreien Gesellschaft"; hier können Fragen nach eugenischer Indikation und Gesamtproblematik der Humangenetik eingeordnet werden.

Fazit:

- Gesellschaftliche (pol., ökon., soziale) Umstände waren zwar Voraussetzung für die Akzeptanz der Nazi-Ideologie und ihrer Umsetzung, aber nicht hinreichend zur Erklärung des individuellen Handelns; Eigenverantwortung und Schuld bleibt.
- Was hoffen läßt, ist die Tatsache, daß gegenwärtig ein Großteil der Diskussion (gesundheitpolitische/gesellschaftspolitische Maßnahmen) in der Öffentlichkeit ausgetragen wird.

NS-Politik und sog. "Asoziale" (AG 4)  
Berichterstatteerin: Prof. Dr. Christine Labonté-Roset

Thesen von Prof. Dr. David Kramer:

1. "Die Definition des Begriffes 'Asozialität' erfolgte zum einen über einen pseudowissenschaftlichen biologisch-rassistischen Ansatz, zum anderen wurde er über konkretes auffälliges Verhalten definiert.

Damit war eine fortschreitende Ausweitung derjenigen Gruppen verbunden, die unter diesen Begriff subsumiert wurden", wie z.B. Alkoholiker, Prostituierte, Homosexuelle, Nichtseßhafte (eine noch heute gebräuchliche aus der NS-Zeit stammende Bezeichnung), sog. Arbeitsscheue, sozial Auffällige, Fürsorgezöglinge, z.T. aber auch: körperlich und geistig Behinderte bis hin zu Tuberkulose- und Geschlechtskranken.

2. "Aus den im Forschungsprojekt über soziale Arbeit in der NS-Zeit durchgeführten Interviews mit Zeitzeugen ergibt sich durchgängig eine Form von Verachtung für das Klientel."

Hierzu stellt sich die Frage:

- wie weit sich diese Verachtung auch in der Arbeiterbewegung wiederfinden läßt in der marxistischen Tradition der Distanzierung vom 'Lumpenproletariat',
- wie weit der ständige Umgang mit Marginalisierten die Notwendigkeit einer Distanz beinhaltet und wann diese Distanz in Aggression umschlägt.

Diese Distanz gegenüber dem herkömmlichen Klientel wurde auch durch die Umorientierung von Fürsorge für sozial Schwache auf 'Volkspflege' im Nationalsozialismus und die damit erhoffte Aufwertung des sozialen Berufes verstärkt. In diesem Zusammenhang ist die Affinität von Altruismus und Aggression als berufstypisches Problem der sozialen Arbeit zu konstatieren.

Aktuelles Beispiel: zunehmende Aggressivität bürgerlicher Kreise in den USA als Reaktion auf offensichtliche Armuterscheinungen in den Städten oder der Frage nach persönlicher Reaktion auf sog. "Penner".

3. "Die Forschung über die soziale Arbeit in der NS-Zeit konzentriert sich zu sehr auf die NSV und vernachlässigt die Arbeit in staatlichen Institutionen. Außerdem sei für den staatlichen Bereich die These (des Einführungsreferates von Christian Schrapper) der sich durchsetzenden Radikalisierung anzuzweifeln."

Dagegen sprechen Beispiele aus staatlichen Institutionen (Hamburger Wohlfahrtsbehörde, Anstaltsfürsorge), wo eine solche Radikalisierung bereits in der Weimarer Zeit einsetzte, z.T. verbunden mit einem Modernisierungsschub durch die Einführung sozialer Diagnosen und sozialer Therapieansätze, die folgerichtig gleichzeitig die 'Nicht-Therapie-Fähigen' aussondern und ausgrenzen mußten.

Bei der Frage nach dem zentralen Kriterium für die Aussonderung sog. Asozialer wurde die Arbeits- und Leistungsfähigkeit als durchgängiges Prinzip identifiziert.

Beispiel: unter anderem die ausführliche Gutachterprozedur der Euthanasie, in der häufig das Kriterium der sozialen Nützlichkeit entscheidend war; die rasche totale Ausgrenzung der Roma, die als nicht integrierbar in 'normale' Arbeitsprozesse galten. Auch die fachlichen Tendenzen der 20er Jahre mit ihrer Methoden- und Klientendifferenzierung trugen zur Differenzierung von entsprechenden Einrichtungen bei, die zwar einerseits eine Abkehr vom Schema normal-anomal darstellte, aber immer zu Restgruppen von 'Unerziehbaren', 'Nicht-Therapie-Fähigen' führte. Eine Tendenz, die durchaus nach 1945 weitergeführt wurde.

Dies führt zu der Frage, ob und wie der Begriff 'asozial' heute weiterwirkt und zur Feststellung, daß er ersetzt wurde durch mehr oder minder klinische Definitionen (wie z.B. verhaltensgestört, verhaltensauffällig) und damit eine Abgabe der Definitionsmacht an die Mediziner/Psychiater verbunden war und dies letztlich keine fachliche Änderung oder andere Sichtweise, sondern nur eine neue Begrifflichkeit darstellt.

Hieraus resultiert die Warnung, die NS-Vergangenheit für unsere heutigen Auseinandersetzungen zu instrumentalisieren und mit dem Kontinuitätsargument vorsichtig umzugehen - auch hier als Beispiel der Umgang mit den Roma heute: der Rekurs auf ihre Verfolgung und die Gleichsetzung des heutigen behördlichen Umgangs mit ihnen ist damit eine unzulässige und falsche Verallgemeinerung, während die tatsächliche Kontinuität in der immer noch gestellten Frage nach ihrer sozialen Nützlichkeit liegt.

Zentrale Ursache für die Behandlung sog. Asozialer ist auch die - keineswegs nur deutsche - Angst vor der Zunahme sozialer Randgruppen, die letztendlich das "gesunde Volk" degenerieren ließen (Beispiel: die internationale Eugenikdebatte der 20er Jahre).

Deutschland unterschied sich dabei nur durch die Kumulation sozialer, politischer und ökonomischer Probleme in Verbindung mit der geringen Verankerung demokratischen Bewußtseins und bildete damit den Nährboden für Rassismus.

Erklärungsansätze zu den Ursachen für die breite Bereitschaft zum aktiven Mitwirken an nationalsozialistischer Politik und deren Umsetzung:

- Gerade im sozialen Bereich waren viele (konservative) Gruppen tätig, die unter den Bedingungen der NS-Zeit ungehindert das tun konnten, was sie immer schon für richtig hielten;
- die Identifikation mit dem Staat als Religionsersatz;
- die Identifikation mit dem Staat als Elternersatz, vor allem bei schwach ausgeprägter eigener Identität als Ergebnis autoritärer Erziehung;
- das Gefühl von 'Man war wieder etwas' verlangte als Reaktion aktives Mittun.

Aktuelle Konsequenzen der Beschäftigung mit diesem Ausschnitt der NS-Fürsorge: Hierzu gehören die Forderungen

- keine Sondereinrichtungen für 'Restgruppen' wie 'Nicht-Therapie-Fähige' etc., weil dies die Gefahr einer endgültigen Ausgrenzung und Stigmatisierung einschließt. Dies beinhaltet notwendigerweise ein Gegensteuern gegen aktuelle professionelle Tendenzen, sich bestimmten Klientengruppen besonders zuzuwenden - um den Preis einer umso schärferen Selektion derjenigen, die als 'nicht-integrierbar' gelten;
- auch in der öffentlichen Diskussion Armutsprobleme als tatsächliche Armuts- und damit soziale Probleme zu identifizieren und sie nicht als individuelle Probleme sozialer Anpassungsunfähigkeit zu akzeptieren.

### Diskussion im Anschluß an die Arbeitsgruppenberichte

Aus der historisch-wissenschaftlichen Reflexion ergibt sich die Frage nach den Konsequenzen für die Struktur heutiger sozialer Einrichtungen und Dienste:

- Stehen sie nicht immer (noch) in der Gefahr, durch Differenzierung auch gleichzeitig Selektion vorzunehmen?
- Oder wäre ein sinkendes Niveau bei der Einzelbedarfsförderung der Preis für Integration?

Dazu einige Beiträge aus der Diskussion:

- Völkisches Gedankengut (im Sinne von "sozialem Rassismus") ist bereits in der Zeit der Romantik angelegt. Wissenschaftliche Forschung muß daher umfassender ansetzen als bisher und die noch bestehenden Lücken ausfüllen.
- Der hohe Stellenwert von Gesundheitsbewußtsein (Gesundheitsideologie) findet sich in der heutigen Ökologie-Debatte wieder. Insofern ist die "Janusköpfigkeit" auch des Vorsorgegedankens kritisch zu werten.
- Die bevölkerungswissenschaftliche Diskussion der 20er Jahre wurde als stützende Argumentation im medizinischen Bereich der 30er Jahre benutzt.
- In den 20er Jahren standen sich pädagogischer und medizinisch-psychiatrischer Bereich näher als heute. (Die Heilpädagogik ist heute ein integrierter Bestandteil.) Pädagogik/Theologie und Medizin waren am Selektionsprozeß aktiv beteiligt.
- Erschreckend ist, daß auch heute noch Jugendämter die Psychiatrie um Ausgrenzungsentscheidungen ersuchen. Daher richtet sich der Appell an alle Lehrenden, Sensibilität und Verantwortlichkeit bei Studierenden zu fördern.

Das gilt z.B. auch im Zusammenhang mit der Sterbehilfe-Diskussion, bei der mit Graduierungen zwischen Einwilligung, Bereitschaft zum Eingehen auf solche Wünsche bis hin zur Entscheidung bei Nicht-Einwilligungsfähigen in höchstem Maße verantwortungsbewußt umzugehen ist.

- Die Forderung, keine Sondereinrichtungen für "Restfälle" zu schaffen, läßt offen, welche dieser (bestehenden) Einrichtungen abgeschafft werden sollen.

Die besondere Zuwendung um den Preis der Ausgrenzung in Sondereinrichtungen potenziert sich in um so schärferer Ausgrenzung von "Nicht-Erziehbaren/-Integrierbaren". D.h.: Ausdifferenzierte Systeme produzieren Benachteiligungen (besonders relevant im Erziehungsbereich).

- Eine Abgrenzung ist zwar schwierig, sollte jedoch bei solchen Einrichtungen vorgenommen werden, in denen nur noch "Verwahrung" stattfindet. Es sollte keine "Endstationen" (mehr) geben.

Hier müssen Überlegungen ansetzen, wo und inwieweit Integration möglich ist.

- Konsequenz für die Praxis der sozialen Arbeit muß sein, die eigene Rolle und Mitzuständigkeit an der Ausdifferenzierung zu hinterfragen. Wenn differenzierte Angebote nicht mehr bestünden, ergäbe sich die Notwendigkeit und Chance für neue Kreativität.
- Realität und Schwierigkeit in Institutionen ist
  1. die faktische Konkurrenzsituation und
  2. die Tatsache, daß Zuständigkeiten nach Sachgebieten auf verschiedene Fachleute aufgeteilt sind; diese Struktur verhindert die Verantwortlichkeit für übergreifende Entscheidungen.
- Historische und Ursachenforschung sollen nicht dazu dienen, Sozialarbeit von Verantwortung bzw. Schuld zu entlasten. Faktum ist, daß die Entscheidungsfunktion Männern oblag und Frauen die entsprechenden Erkundungen vornahmen. Der Fürsorgeberuf im Dritten Reich war hauptsächlich durch Frauen besetzt. Sie hatten das aus der bürgerlichen Frauenbewegung entstandene biologistische Frauenbild - des Frau- und Mutter-Ideals einerseits sowie der "naturegebenen" Nachrangigkeit hinter dem männlichen Geschlecht andererseits - verinnerlicht. Aus diesem Selbstverständnis heraus definierte sich auch ihre Rolle als Sozialarbeiterin/Fürsorgerin in der Praxis: Nach diesen Wertmaßstäben erkundeten sie in den Haushalten die Defizite (z.B. Versagen in der Hausfrauenrolle). Nazi-Mechanismen wurden auf diese Weise vielfach unreflektiert nachvollzogen.

Die Tagungsergebnisse aus subjektiver Sicht (im Wortlaut)

Prof. Dr. C. Wolfgang Müller

Vorbemerkung

Doris Wagner hat in ihrer Begrüßung die relativ späte Beschäftigung der Arbeiterwohlfahrt mit der Zeit des Nationalsozialismus angemerkt. Christian Schrapper hat in seinem Referat auf die Fülle von historischem Material verwiesen, das gerade in den letzten Jahren aufgearbeitet worden ist. Es scheint, als sei in diesem Falle die Erziehungs- und Sozial-Wissenschaft der Diskussion in den Wohlfahrtsverbänden vorangeeilt. Aber auch in den Erziehungs- und Sozial-Wissenschaften ist die Diskussion der historischen Epoche des Nationalsozialismus nicht voluntaristisch geführt worden. Sie wurde vielmehr angeregt oder angestoßen durch Basisaktivitäten in Gestalt von Geschichtswerkstätten, die insbesondere im Ruhrgebiet, in Berlin und in anderen großen Städten von der Basis her mit der kleinräumigen Aufdeckung nationalsozialistischer Vergangenheit angefangen haben. Ich kann erleichtert feststellen, daß unsere Professionen der Sozialen Arbeit ihre berufsgeschichtliche Dimension wiedererlangt haben und damit an die guten Traditionen etwa von Scherpner, Mollenhauer und Sachße anknüpfen können.

Kommt die Diskussion über Soziale Arbeit und Nationalsozialismus zu spät?

Ich glaube nicht, daß die Bearbeitung der eigenen Geschichte jemals zu spät kommen kann. Nur: Der Zeitpunkt, zu dem diese Bearbeitung stattfindet, verschafft ihr eine jeweils eigene Qualität. 45 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges ist kein Platz mehr für "Rechtfertigungsliteratur" und "Entlarvungsliteratur". Die Zeit des Faschismus ist Teil unserer deutschen Geschichte. Sie muß als ein solcher Teil behandelt werden: Nicht überbetont als "Horrorshow", aber auch nicht beiläufig als "Betriebsunfall".

Ich werde es nicht vergessen, wie bei der Vorbereitung auf die Feierlichkeiten zum 750. Gründungsjahr der Stadt Berlin junge Berufshistoriker und Laien-Historiker - die Enkel der ehemaligen Täter und Opfer - auf dem Gelände des Prinz-Albrecht-Palais' die Fundamente des Hausgefängnisses der Gestapo-Zentrale in Berlin freilegten. Antifaschistische Spurensicherung als archäologisches Projekt. Und sie bekamen den damals christlich-demokratischen Senat des Landes Berlin dazu, an dieser Stelle ein antifaschistisches Freilichtmuseum zu installieren. Ein wirklich würdiger Beitrag zur 750-Jahr-Feier Berlins.

Zur Dialektik von Hilfe und Kontrolle

Es gilt gegenwärtig als Konsens, daß die Berufe der Sozialen Arbeit durch ein unentwirrbares Ineinander von "Hilfe und Kontrolle" gekennzeichnet sind. Die "Dialektik von Hilfe und Kontrolle" meint in der Regel die gleichzeitige Anwesenheit von fordernden und kontrollierend-einschränkenden Aspekten in der ambulanten oder stationären Bearbeitung jeweils eines Falles. Diese Dialektik von "Hilfe und Kontrolle" entartete im Nationalsozialismus zur Polarisierung zwischen "Förderung" und "Vernichtung" unterschiedlicher Personengruppen. "Förderung" und "Vernichtung" meinte die konsequente und rigide Trennung der Klienten in zu Fördernde und zu Vernichtende. Also extreme Selektion auf sozialdarwinistischer, rassehygienischer Grundlage. Es wurde postuliert, es sei ein Verbrechen, Menschen zu unterstützen, die nicht des Lebens wert wären. Es sei die Pflicht, Menschen auszulöschen, die nicht lebensfähig und nicht lebenswert seien. Der gerade erst erreichte professionelle Dreischritt in der Sozialen Arbeit: Datenerhebung und Anamnese; Focussierung auf ein Hauptproblem und Behandlungsplan; Behandlung und Evaluierung wurde zu einem neuen Dreischritt pervertiert, die Diskriminierung, Selegierung und Liquidierung hieß. Aber die Reduktion sozialarbeiterischer Komplexität auf die digitale Entscheidung "wert" und "unwert" ist ebenso wichtig, um die besondere Unmenschlichkeit des Systems zu beschreiben, wie irreführend, weil sie den Blick verstellt für die Normalität des Alltags für jene Mehrheit von Menschen, die das Glück hatten, von den Nazis für wertvoll gehalten zu werden.

Unsere Tagung war von der Anlage her gleichgewichtig ausbalanciert zwischen den eher auf Normalität angelegten Arbeitsgruppen "Familie" und "Jugend" und den eher auf die Selektion und Vernichtung 'unwerten' Lebens ausgerichteten Arbeitsgruppen "Behinderte" und "Asoziale".

In der konkreten Bearbeitung des Materials sind wir - das ist mein Eindruck - stärker auf die "exotischen" Aspekte der Selegierung und Liquidierung "unwerten" Lebens eingegangen als auf den Alltag der faschistischen Volksgemeinschaft mit seinen Winterhilfswerken, seinem Eintopfsonntag, der Pfundspende und dem Wunschkonzert des Berliner Rundfunks. Diese Aspekte, die ja in der Überschrift unserer Tagung "Zwischen Volksgemeinschaft und Ausmerze" eingeschlossen sind, sollten wir nicht aus den Augen verlieren. Sonst geraten uns nämlich unter der Hand die 13 Millionen Mitglieder der NSV zu Mördern und Mordgehilfen, ohne daß deutlich wird, daß sie aus anderen Gründen als denen, Menschenleben zu vernichten, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt beigetreten sind.

Außerdem ist mir auf dieser Tagung deutlich geworden, daß wir keine gesicherte Position gegenüber dem Nationalsozialismus einnehmen können, wenn wir keine Position zur Republik von Weimar beziehen. "Ich war in Weimar verliebt", hatte Lotte

Lemke in dem Film gesagt, den wir gestern abend gesehen haben (s. Anhang). In der Retrospektive erscheint diese Liebe als eine typisch sozialdemokratische Illusion. In der Prospektive ist sie wohl anders zu bewerten als das befreiende Aufatmen angesichts der (vielleicht unrealistischen) Chance, ohne Revolution einen zuverlässigen Sozialstaat zu etablieren.

Drittens schließlich halte ich es für notwendig, daß wir uns in Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus mit der Phase von "Reform und Restauration" beschäftigen, welche die Jahre zwischen 1945 und 1951 gekennzeichnet hat. Wir sind nämlich gerade dabei, diese Phase zu vergessen oder zu verdrängen. Vielleicht weil sie uns inzwischen zu nahe gerückt ist.

#### Was heißt das für meine professionelle Arbeit?

Ich denke, Sozialarbeit im Nationalsozialismus gehört in jede Ausbildung zur Sozialen Arbeit. Weil sie an alltäglichen und teilweise auch dramatischen Beispielen die Ambivalenz unseres Berufes verdeutlichen kann. Ich meine nämlich, daß es eine wichtige Aufgabe unserer Ausbildung ist, die menschenfreundlichen Vorstellungen unserer Studenten auf eine behutsame Weise zu ent-täuschen und unseren Beruf als das darzustellen, was er ist, eine mühsame Gratwanderung zwischen Ermöglichung und Einschränkung, zwischen Freisetzung und Kontrolle, zwischen Gängelung und Emanzipation.

Durch die Bielefelder Schule sind die Bemühungen um eine Theorie der Sozialarbeit in den letzten Jahrzehnten im wesentlichen strukturell-funktionalistisch geraten. Bei aller Wertschätzung der Kollegen, die sich an dieser Arbeit beteiligt haben, möchte ich doch meine Befriedigung darüber ausdrücken, daß wir nun wieder zu kulturhistorischen und politisch-ökonomischen Alternativen übergehen können. Weil ich nicht denke, daß anders der Nationalsozialismus zu erklären sein könnte. Schließlich denke ich, daß wir gerade am Beispiel des Nationalsozialismus herausarbeiten können, welchen Beitrag Soziale Arbeit zur Demokratisierung unseres politischen Lebens leisten kann. Wäre nämlich das ansatzweise System sozialer Sicherung in der Republik von Weimar durch die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre nicht von der Reaktion aufs Spiel gesetzt und zerschlagen worden (Notverordnungen von Brüning), so hätte der deutsche Kapitalismus größere Schwierigkeiten gehabt, die unzufriedenen Arbeitermassen mit der faschistischen Zuchtrute zu disziplinieren. Ich bekenne, daß mir ein solcher Satz vor 20 Jahren noch vergleichsweise fremd gewesen wäre. Wir waren damals wohl eher der Meinung, daß die "sozialistischen" Ansätze von Weimar dazu beigetragen hätten, die arbeitenden Massen mit dem Kapitalismus zu versöhnen und ihr revolutionäres Potential zu vernichten.

#### Anregungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer für Folge-Veranstaltungen

---

- Aufarbeitung der 50er Jahre (der "direkten" Reaktion auf die NS-Zeit), in der es noch Ähnlichkeiten mit der Sprache der 30er Jahre gab
- Tagung unter Beteiligung von Opfern
- Weiterführung der Diskussion über Mittäterschaft von Frauen als Fürsorgerinnen
- Bedeutung der Hitlerjugend bei der "Jugendförderung" und "Jugendfürsorge"
- Kritische Untersuchung der Restaurationsphase, des Übergangs von NS-Zeit und Nachkriegszeit, - mit dem Ziel, auch über die Forschung (Sozialarbeit, Verbände) aktiv in die Rolle der Nachfolger der Täter einzusteigen.



A N H A N G

Teilnehmer und Teilnehmerinnen der AW-Fachtagung 114/89

1. Prof. Dr. Reinhard B e c k , Fachhochschule für Sozialwesen, Esslingen
2. Martin B e r t h o l d , Abteilungsleiter beim Diakonischen Werk der EKD, Hauptgeschäftsstelle Stuttgart
3. Hartmut B r o m b a c h , Politologe, Sozialwissenschaftler, Bonn
4. Ursel B ü t t n e r , Dipl.-Pädagogin, Geschäftsführerin des AW-Kreisverbandes Norden
5. Susanne D i t t m a n n , Sachbearbeiterin für Sozialpolitik beim Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt, Bonn
6. Bettina E i c h h o r n , Dipl.-Psychologin, Projekt Mädchen- und Jugendsozialarbeit der Arbeiterwohlfahrt, Frankfurt
7. Prof. Dr. Theodor E i k e l m a n n , Dekan der Fachhochschule Landshut, Fachbereich Sozialwesen, Fachgebiete Verberuflichung und Professionalisierung der Sozialarbeit/Sozialpädagogik
8. Lothar E v e r s , Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP), Köln
9. Otto F i c h t n e r , Vorsitzender des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge Frankfurt (bis Ende 1989), ab November 1989: Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt, Bonn
10. Prof. Marianne F i e d l e r , Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Berlin
11. Dr. Annegret F r e i b u r g , Soziologin, akad. Oberrätin an der Universität Göttingen, AW-Kreisvorsitzende Göttingen
12. Prof. Dr. Georg W. G r e e n , M.A., Fachhochschule Köln, Fachbereich Sozialpädagogik, Lehrgebiet Sozialpolitik
13. Burga K a u p e r t , Pädagogische Leiterin und Fachberaterin für Kindertagesstätten bei der Arbeiterwohlfahrt der Stadt Berlin
14. Margarete K ö h l e r , Sozialarbeiterin in der Sozialpsychiatrie, Gesundheitsamt Berlin-Kreuzberg
15. Rosel K ü t n e r , Bezirkssekretärin der Volkssolidarität Cottbus, DDR-1055 Berlin

16. Prof. Gudrun L e s c h m a n n , Fachhochschule für Sozialwesen Mannheim
17. Hans L u x , Vorsitzender des Bezirksverbandes Westliches Westfalen der Arbeiterwohlfahrt, Leiter i.R. der Schulabteilung beim Regierungspräsidenten Detmold, Lengerich
18. Prof. Helmut M a c h u r a , Hochschullehrer im Fachbereich Sozialwesen (Fach Politische Wissenschaft) an der Hochschule Bremen
19. Roswitha M ü l l e r , Leiterin der Gruppe Familie und Referentin für Frauenpolitik beim Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt, Bonn
20. Manfred N e u f e r , Fachlehrer für Sozialarbeit an der Universität - Gesamthochschule Siegen, Studiengang: Außerschulisches Erziehungs- und Sozialwesen
21. Heinz N i e d r i g , Leiter der Gruppe Sozialpolitik beim Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt, Bonn
22. Dr. Hilmar P e t e r , Referent für Gesundheitspolitik beim Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt, Bonn
23. Dr. Theo R a s e h o r n , Vorsitzender Richter i.R. beim Oberlandesgericht Frankfurt, Bonn
24. Dieter R e d e k e r , Dipl.-Soziologe, Arbeiterwohlfahrt Zivildienstschule Seelbach
25. Angela R o s a r i u s , Dipl.-Psychologin, Erziehungs- und Familienberatungsstelle Berlin-Wedding
26. Berthold S c h e l l e r , Sozialreferent i.R. der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, Hauptgeschäftsstelle Frankfurt
27. Ursula S c h r ö d e r , Dipl.-Pädagogin, Fachhochschule Hamburg, Fachbereich Sozialpädagogik
28. Klaus-Georg S c h w a r z , Abteilungsleiter beim Bezirksverband Hannover der Arbeiterwohlfahrt
29. Prof. Dietmar S e e c k , Fachhochschule Ostfriesland, Fachbereich Sozialwesen, Emden
30. Dr. Wolfgang S t o r o s t , Sekretär des Zentralausschusses der Volkssolidarität, DDR-1055 Berlin
31. Meinolf T h i e m a n n , Sozialwissenschaftler, Leiter des Kurheims für Kinder und Jugendliche Rudolf-Ballin-Stiftung, Lüneburg
32. Lucia von T r e u e n f e l s , Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Diakonischen Werk in Hamburg
33. Bernd W ä l t e r , Soziologe, Arbeiterwohlfahrt Zivildienstschule Herdecke

Referentinnen und Referenten der AW-Fachtagung 114/89

1. Prof. Dr. Christine L a b o n t é - R o s e t , Prorektorin der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin, Vorsitzende der Konferenz der Fachbereichsleitungen der Fachbereiche für Sozialwesen in der BRD
2. Prof. Dr. C. Wolfgang M ü l l e r , Professor für Erziehungswissenschaft an der Technischen Universität Berlin, Institut für Sozialpädagogik
3. Doris W a g n e r , stellv. Geschäftsführerin des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt, Bonn
4. Josef F a l t e r m e i e r , Referent im Fortbildungswerk des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt
5. Prof. Dr. David K r a m e r , Leiter des DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft)-Projektes "Jüdische Sozialarbeit", Repräsentant für Europa von The German Marshall Fund of the United States, Bonn
6. Dr. Karola K u h l m a n n , Universität Münster
7. Dr. Christian S c h r a p p e r , Universität Münster
8. Dr. Christine T e l l e r , Oberärztin in der Westfälischen Landeslinik Gütersloh

Prof. Dr. C. Wolfgang Müller  
Technische Universität Berlin  
Arbeiterwohlfahrt, Zentrale Fortbildung  
'Soziale Fürsorge zwischen 'Volksgemeinschaft' und  
'Ausmerzungen'  
Unsystematischer Beitrag zu einer Bibliographie

Götz Aly (Hrsg.),  
Aktion T 4 (1939 - 1945)  
Die 'Euthanasie'-Zentrale in der Tiergartenstraße 4  
Berlin: Hentrich 1987

Arbeiterwohlfahrt (Bundesverband),  
Die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt  
Bonn

Studentische Arbeitsgruppe der Universität Bremen,  
Zur Geschichte der freien Wohlfahrtspflege  
Caritas und Nationalsozialismus  
Bremen 1988 (Maschinenvervielfältigt)

Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und  
Sozialpolitik  
Rotbuch Verlag Berlin  
(fünf Hefte erschienen)

Fachhochschule Düsseldorf  
Sozialarbeit unter der Herrschaft des Nationalsozialismus  
Düsseldorf: Fachhochschule 1986

Fachhochschule Düsseldorf,  
Heilen und Vernichten im Nationalsozialismus.  
Ausstellungskatalog  
Düsseldorf: Fachhochschule 1985

Sabine Hering und Edith Kramer (Hrsg.),  
Aus der Pionierzeit der Sozialarbeit.  
Elf Frauen berichten.  
Weinheim: Beltz 1984

Ulrich Herrmann (Hrsg.)  
"Die Formung des Volksgenossen"  
Der 'Erziehungsstaat' des Dritten Reiches.  
(Beiträge von Hermann Giesecke, Arno Klönne, Detlev Peukert).  
Weinheim: Beltz 1985

Wolfgang Keim,  
Das nationalsozialistische Erziehungswesen im Spiegel neuerer Un-  
tersuchungen. Ein Literaturbericht.  
In: Zeitschrift für Pädagogik 1988, 1, 109 - 130.

David Kramer,  
Das Fürsorgesystem im Dritten Reich  
In: Rüdiger Baron und Rolf Landwehr (Hrsg.),  
Geschichte der Sozialarbeit. Hauptlinien ihrer Entwicklung im  
19. und 20. Jahrhundert.  
Weinheim: Beltz 1984, 173 - 218

Heiner Lichtenstein,  
Angepaßt und treu ergeben. Das Rote Kreuz im 'Dritten Reich'  
Düsseldorf: Bund Verlag 1988

Uwe Mann und Eckart Reidegeld,  
Die nationalsozialistische 'Volkswohlfahrtspflege'.  
Dimensionen ihrer Ideologie und Praxis  
In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit. 1988, 11.

C. Wolfgang Müller,  
Wie Helfen zum Beruf wurde. Band 1 (1883 - 1945)  
6. Kapitel  
Weinheim: Beltz 1988

C. Wolfgang Müller,  
Jugendamt  
oder: Von den Schwierigkeiten eine pädagogische Behörde zu  
erfinden.  
Im Erscheinen

Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes  
(Hrsg.),  
Verachtet Verfolgt Vernichtet  
Hamburg: VSA 1986

Reinhard Rürup (Hrsg.),  
Topographie des Terrors. Gestapo, SS und  
Reichssicherheitshauptamt. Eine Dokumentation.  
Berlin: Arenhövel 1987

Kurt Schilde,  
Jugendorganisationen und Jugendopposition in Berlin-Kreuzberg  
1933 - 1945.  
Katalog zur Ausstellung. Berlin: 1983.

Paul Schoen,  
Armenfürsorge im Nationalsozialismus. Die Wohlfahrtspflege  
in Preussen zwischen 1933 und 1939.  
TU Berlin Diss. Weinheim: Beltz 1985.

Elisabeth Siegel,  
Dafür und dagegen. Ein Leben für die Sozialpädagogik.

Hans-Uwe Otto und Heinz Süner (Hrsg.),  
Soziale Arbeit und Faschismus. Volkspflege und Pädagogik im  
Nationalsozialismus.  
Bielefeld: Karin Böllert 1986

Theorie und Praxis der sozialen Arbeit  
Weimarer Republik und Nationalsozialismus  
(Heftthema)  
Bonn: 1989, 9

Widersprüche  
Geschichte und Reproduktionsberufe  
(Heftthema)  
Offenbach 1988, 26 (April)  
mit:  
Stefan Schnurr,  
Vom Wohlfahrtsstaat zum Erziehungsstaat  
Sozialpolitik und soziale Arbeit in der Weimarer Republik  
und im Nationalsozialismus.

Susanne Zeller,  
Volkmütter. Frauen im Wohlfahrtswesen der zwanziger Jahre.  
TU Berlin Diss. Düsseldorf: Schwann 1987

Zeitschrift für Pädagogik  
22. Beiheft  
Pädagogik und Nationalsozialismus  
Weinheim: Beltz 1988.

Mit Beiträgen von  
Jürgen Reyer (Rassenhygiene), Harald Scholz (Pädagogische Reform-  
praxis im Sog einer totalitären Bewegung), Jürgen Reulecke (Natio-  
nalsozialistische Erziehung).

Literatur: (Christian Schrappner)

Thea Bauriedl: Das Leben riskieren. Psychoanalytische  
Perspektiven des politischen Widerstands, München,  
(Piper) 1988

Alexander und Margarete Mitscherlich: Die Unfähigkeit zu  
trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München (Piper)  
19. Aufl. 1987

Hans-Uwe Otto/Heinz Sünker (Hrsg.): Soziale Arbeit im  
Faschismus, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1989 (darin insbes.  
Beitrag von Peukert)

Carola Kuhlmann: Erbkrank oder erziehbar? Jugendhilfe als  
Vorsorge und Aussonderung in der Fürsorgeerziehung in  
Westfalen von 1933 bis 1945, Weinheim/München  
(Juventa) 1989

Hermann Lübke: Der Nationalsozialismus im politischen  
Bewußtsein der Gegenwart, in: Martin Broszat u.a. (Hrsg):  
Deutschlands Weg in die Diktatur, Berlin (Siedler) 1983,  
S. 329 - 349

Ian Kershaw: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und  
Kontroversen im Überblick, Hamburg (Rowohlt) 1988

C. Wolfgang Müller: Wie Helfen zum Beruf wurde, Band 1.  
Eine Methodengeschichte der Sozialarbeit 1883 - 1945,  
Weinheim und Basel. 2. überarbeitete und ergänzte  
Auflage 1988

Helga Marburger: Entwicklung und Konzepte der Sozialpädagogik,  
München (Juventa) 1979

Ralph Giordano: Die zweite Schuld oder von der Last ein  
Deutscher zu sein, Hamburg (Rasch und Röhrig) 1987

Detlev J. K. Peukert: Grenzen der Sozialdisziplinierung.  
Aufstieg und Krise der deutschen Jugendfürsorge von 1878  
bis 1932, Köln (Bund) 1986

Michael Nowicki: Zur Geschichte der Sozialarbeit, in:  
Hollstein/Meinhold: Sozialarbeit unter kapitalistischen  
Produktionsbedingungen, Frankfurt/M. (Fischer) 1973

Christian Schrappner/Dieter Sengling (Hrsg.): Die Idee der  
Bildbarkeit. 100 Jahre sozialpädagogische Praxis in der  
Heilerziehungsanstalt Kalmenhof, Weinheim/München  
(Juventa) 1988

Renate Cogoy u.a. (Hrsg.): Erinnerung einer Profession.  
Erziehungsberatung, Jugendhilfe und Nationalsozialismus,  
Münster (Vötum) 1989 (darin insbes. Beiträge von Brumlik,  
Peukert und Blandow))



E R I N N E R U N G E N

- Lotte Lemke erzählt -

Tradition und Selbstverständnis der Arbeiterwohlfahrt

Videofilm der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.,  
Zentrale Fortbildung, Juni 1984

Länge: 37 Minuten

System: VHS, Betamax, Video 2000

▷ Inhalt:

Lotte Lemke, geboren am 28. Januar 1903 in Königsberg/Ostpommern, war als Geschäftsführerin des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt in Berlin bis zum Verbot im Jahre 1933 tätig. Ab 1933 war sie aktiv im Widerstand. 1945 wurde sie von Kurt Schumacher nach Hannover gerufen und übernahm im Frühjahr 1946 die Aufgabe, die an vielen Stellen wieder errichteten Ortsgruppen der Arbeiterwohlfahrt neu aufzubauen. Von 1952 bis 1965 war sie 2. Vorsitzende, bis 1971 Bundesvorsitzende und ist heute Ehrenvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt.

Im Videofilm erzählt Lotte Lemke auf spannende, eindrucksvolle und ehrliche Weise von ihrem ersten Kontakt mit Marie Juchacz im Jahre 1929, schildert ihre Beziehung zu Berlin in jenen Jahren, ihre Erlebnisse in der Weimarer Zeit und während der Weltwirtschaftskrise und beschreibt geradezu bedrückend detailliert die Situation der Arbeiterwohlfahrt während der Nazi-Diktatur.

In ihren Erzählungen stellt Lotte Lemke eine lebendige Verbindung zur Vergangenheit her, deren Auswirkungen bis in unsere Gegenwart reichen. In der Schilderung ihrer eigenen Lebensabschnitte stellt sie wichtige Stationen der Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt dar und gibt damit ein Beispiel, wie man Geschichte persönlich aufarbeiten und bewältigen kann.